

Kriminalisierung von Seenotretterinnen und -rettern beenden – Mannheim ist ein sicherer Hafen für Flüchtlinge

Wir solidarisieren uns mit den zivilen Retterinnen und Rettern von in Seenot geratenen Menschen auf dem Mittelmeer. Wir verurteilen die Behinderung der Seenotrettung und fordern dazu auf, das Völkerrecht einzuhalten und Geflüchteten den Zugang zum nächsten sicheren Häfen zu ermöglichen. Wir sprechen den zivilen Retterinnen und Rettern unseren Respekt aus und fordern ein Ende ihrer Kriminalisierung und Behinderung.

Wir fordern den Gemeinderat der Stadt Mannheim auf sich im Rahmen der europäischen Solidarität und aus unserer humanitären Überzeugung heraus bereit zu erklären aus Seenot gerettete Menschen im Rahmen einer bundesweiten Vereinbarung in Mannheim aufzunehmen. Der Gemeinderat und die Stadt Mannheim mögen sich bei der Baden-Württembergischen Landesregierung dafür einsetzen, dass eine solche Vereinbarung zwischen dem Bundesinnenministerium und den Ländern geschlossen wird.

Begründung:

Die Zahl der Geflüchteten, die Europa und damit auch Mannheim erreichen, ist stark zurückgegangen, da viele frühere Fluchtrouten inzwischen geschlossen sind. Viele Geflüchtete versuchen mittlerweile über das westliche Mittelmeer nach Europa zu gelangen.

Der Weg über das Mittelmeer ist ein gefährlicher, da die von Schleusern organisierten Boote oft nicht dafür gebaut sind, jemals das rettende Ufer zu erreichen. Zudem werden die Boote hoffnungslos überladen. Zuwanderung und Flucht sind internationale Bewegungen, auf die wir nicht mit Abschottung, sondern mit Verantwortung reagieren müssen.

Die staatliche Seenotrettungsmission hat in den Jahren 2015 bis 2017 57.438 Menschen aus akuter Seenot gerettet. Diese Mission wurde eingestellt. Die Zahl der durch Sophia geretteten Menschen ist rückläufig. Während 2016 noch 22.885 Menschen gerettet wurden, waren es 2017 noch 10.668. Die Zahlen zeigen auch, dass die humanitären Hilfsorganisationen, darunter auch zahlreiche deutsche, einen wichtigen Beitrag bei der Rettung übernommen haben. Im Jahr 2015 haben sie bereits 20.063 Menschen gerettet, und im Jahr 2017 hat sich die Zahl mit 46.601 mehr als verdoppelt. Die Hilfsorganisationen arbeiteten bis vor kurzem eng mit dem Maritime Rescue Coordination Centre (MRCC) Rom zusammen – bis Italien die Zusammenarbeit eingestellt hat.

In den letzten Monaten hat Italien eine beispiellose Kampagne gegen die Retterinnen und Retter geführt, an der sich auch Malta beteiligt. Rettungsoperationen werden behindert, Menschen wie der Kapitän des Rettungsschiffs Lifeline werden vor Gericht gezerrt, Rettungsschiffe beschlagnahmt.

Handelsschiffe meiden die Routen aus Sorge davor, im Seenotrettungsfall selbst wochenlang in keinen sicheren Hafen einlaufen zu können. Mehr als 1.500 Menschen sind nach Angaben des UNHCR allein von Januar bis Juli 2018 bei dem Versuch ertrunken, das Mittelmeer zu überqueren, um nach Europa zu gelangen – gut die Hälfte von ihnen in den Monaten Juni und Juli, nachdem die nicht staatlichen Seenotrettungsorganisationen durch die Festsetzung von Schiffen in italienischen und maltesischen Häfen massiv behindert wurden.

Mannheim ist eine weltoffene Stadt. Am 3. Oktober 2018 gingen in Mannheim 9.000 Menschen für „Demokratie, Menschlichkeit und Rechtsstaat“ auf die Straße. Im Januar 2015 gingen 12.000 Menschen unter dem Motto „Mannheim sagt ja!“ auf die Straße, um für Weltoffenheit und gegen Fremdenhass zu demonstrieren. Aus der Demo entstand ein Verein, der sich seitdem vielfach in Aktionen und Stellungnahmen aber auch praktisch in der Flüchtlingshilfe engagiert und breite Unterstützung in der Mannheimer Stadtgesellschaft widerfährt.

Wir Mannheimerinnen und Mannheimer erkennen an, dass Seenotrettung ein Gebot der Humanität ist und wollen unseren Beitrag leisten, damit das sinnlose Sterben ein Ende hat.